

CORONAVIRUS

Was lernen wir aus der Corona-Pandemie?

Wir sehen ein Bedürfnis, über die aktuelle Lage politisch zu debattieren. Dafür bieten wir Ihnen auf dieser Seite ein Forum. „Was können Politik und Gesellschaft aus der Corona-Pandemie lernen?“, so lautet die einleitende und auch ein wenig hoffnungsfrohe Frage. Bitte beachten Sie, dass wir hier keine konkreten Fragen beantworten können. Wir sind aber sehr interessiert an Ihren Meinungen und Ratschlägen. Ihre Beiträge werten wir tagesaktuell aus und bringen sie in die Landespolitik ein. Das Forum ist für unbestimmte Zeit geöffnet.

Anregung und Inspiration für die Diskussion

Als Anregung und Inspiration für die Diskussion sammeln wir für Sie hier interessante Beiträge zur aktuellen Situation:

[Neue Zürcher Zeitung: Schwere globale Pandemien treten etwa alle 100 Jahre auf – die Ausbreitung des Coronavirus gehört noch nicht dazu \(Michael Rasch, 6. April 2020\)](#)

[Sudwestrundfunk \(SWR2 Forum\): Was lehren uns die Pandemien der Vergangenheit? \(30. März 2020\)](#)

[Passauer Neue Presse: Die Corona-Rückwärts-Prognose. Wie wir uns wundern werden, wenn die Krise vorbei ist \(Matthias Horx, 24. März 2020\)](#)

[Neue Zürcher Zeitung \(NZZ\): In der Corona-Krise stellen wir die Weichen für die Zukunft \(23. März 2020\)](#)

[Medium: Der Hammer und der Tanz \(Christina Mueller, 21. März 2020\)](#)

[Facebook-Seite von Staatsrätin Gisela Erler](#)

Bitte stellen Sie hier **keine Anfragen**. Wenn Sie Fragen haben, lesen Sie sich bitte das [Informationsangebot der Landesregierung](#) durch.



Kommentare

KOMMENTARE

zu Lernen aus Corona-Pandemie



[\[...\]](#) Alle Kommentare öffnen

22. VON **OHNE NAME 17561**



 22.01.2021  18:02

Anregung zu mehr Coronatests wie in Tübingen

Nachdem nun Tübingen laut Medienberichten die erste Stadt in BW ist, die wieder die Inzidenzzahl 50 erreicht hat, und dies meines Erachtens auf die von der Tübinger Notfallärztin Dr. Lisa Federle vermehrten systematischen Tests zurückzuführen ist, bin ich der Meinung, dass auf diese Art und Weise landesweit/bundesweit vorgegangen werden sollte, um möglichst schnell wieder zu Lockerungen des Lockdows zu kommen, die ja bei Erreichen der Zahl 50 angedacht sind.

 1  1

21. VON **NATISUM**

 21.01.2021  17:29

Lernen: durchdachtere Verwaltungabläufe wären dringend nötig



Seit Dienstag versuche in erfolglos, für meine 94jährigen, gesund und alleine zuhause lebenden Eltern einen Impftermin zu bekommen. Als Deutsche war ich immer - auch - stolz darauf, dass wir "Verwaltung können". Aktuell merke ich davon nicht allzu viel.

1. knapper Impfstoff: wir sind mächtig froh, dass wir bereits diesen Winter mit Impfungen beginnen - damit hatten wir nicht gerechnet und es ist klar, dass wir Geduld brauchen und priorisiert werden muss
2. Die Informationslage für Hochbetagte, die zuhause leben, ist katastrophal. Meine Eltern haben kein Internet und Schwierigkeiten, sich durch Telefonautomaten durchzutippen. Bürgermeister, Apotheker und Hausarzt im Dorf sind komplett außen vor und können/dürfen (?) nicht unterstützen. Meine Eltern haben keine Chance auf einen Impftermin, sind inzwischen verängstigt und unterstellen, dass sie zielgerichtet ferngehalten werden sollen
3. Ich wohne in einem anderen Landkreis, kann nur via Handy die 116117 anrufen (wir brauchen einen Doppeltermin, den ich via Internet nicht vereinbaren kann) und komme noch nicht mal in die



Warteschlange

4. Bleibt die Frage: wäre es so kompliziert gewesen? Hätten die Gemeinden vor 4 Wochen nicht einfach einen Fragebogen an alle Gemeindemitglieder >80 schicken können? -> bei Impfinteresse Rücksendung an die Kreisimpfstelle, die dann alle Informationen hat und nach Kapazität Terminvergaben via Post zustellen könnte? Zumindest für diese Teilgruppe müsste das doch möglich gewesen sein - wozu haben wir Melderegister?

Das hätte viel Stress und Angst rausgenommen und dieses Windhundrennen um Termine verhindert, bei dem die Schwächsten einfach keine Chance haben. Wer weiß, dass etwas gut organisiert ist, hat auch die Geduld, zu warten bis er an der Reihe ist.

 6  1



20. VON **OHNE NAME 17575**

 18.01.2021  11:59



Last but not least

Wie gedenkt die Regierung eine - durchaus sinnvolle - Homeoffice-Pflicht durchzusetzen? "Wo dies möglich ist" - dieser Satz ist zu unbestimmt. Ggf. müssen die Möglichkeiten geschaffen werden, und das könnte z. B. dergestalt erfolgen, dass die Regierung an Unternehmen Zuschüsse für zusätzliche Notebooks oder vergleichbare Hardware auszahlt, die ansonsten, ohne Homeoffice, nicht benötigt würden.

Die Standard-Ausrede wird sonst ganz klar sein: Es steht nicht die notwendige Technik zur Verfügung. (Und normale PCs mit einem firmeninternen Serveranschluss sind immobil.) Damit wäre die Forderung nach Homeoffice ganz schnell ausgehebelt.

 7  5

19. VON **OHNE NAME 17575**



 18.01.2021  10:02

Privatisierung des Gesundheitswesens



Dieser Fakt ist m. E. die Hauptursache der ganzen Misere:

Wie kann man gesellschaftlich so wichtige Institutionen wie das Gesundheitswesen (oder die Bahn, die Post, die Energieversorgung etc.) privatisieren und damit zu Wirtschaftlichkeit ZWINGEN?

In einer Demokratie und/ oder einem Sozialstaat sollte es von höchster Priorität sein, dass die Kapazitäten in der Gesundheitsversorgung (und Krankenpflege) nicht nur knapp, sondern solchermaßen vorhanden sind, dass auch Epidemien abgefangen werden können. Sicherlich würde auch das nicht ausreichen, wenn eine Epidemie oder Pandemie so zuschlägt, dass die halbe Bevölkerung medizinische Versorgung benötigt. Aber dass man in Deutschland reihenweise Krankenhäuser schließt, obwohl das Personal dort "am Anschlag" arbeitet, dass man Pflegepersonal entlässt statt einstellt, dass Ärzte und Pflegepersonal regelmäßig überlastet sind - auch ohne Pandemie! - das sind Zustände, die sich irgendwann rächen. Es ist die Aufgabe der Politik, hier anzusetzen und diese Fehlentwicklungen rückgängig zu machen. Die Parteien haben es in der Hand, hier Vorschläge zu erarbeiten, der Bürger hat es dann in der Hand, seine Wahl entsprechend auszurichten.

 4  3

18. VON **OHNE NAME 17575**

 18.01.2021  09:47

Es fehlt an Konsequenz

Im Frühjahr, beim 1. Lockdown, sah man fast keine Fahrzeuge auf den Straßen. Es war sehr ruhig überall. Trotz angeblich "hartem" Lockdown aktuell pulsiert das Leben nahezu ungebremst weiter - überall da, wo es noch möglich ist. Die Lebensmittelläden sind voll, Abstände werden nicht eingehalten, ausliegende Waren werden von vielen Menschen ungehindert berührt. Was man von Hotels und Restaurants verlangt hat, wird in den Geschäften nicht beachtet.

Menschen sind gezwungen, in den Banken TOUCH-Bildschirme zu berühren, die zuvor zig andere berührt haben. Desinfektionsmittel mit Tüchern zum Reinigen der Bildschirme sind nicht zu finden in den Banken.



Menschen berühren in den Betrieben Türklinken und Toilettenspülungen GEMEINSAM, ebenso Kaffeemaschinen, Drucker, Akten in Büros usw. Eine Homeoffice-PFLICHT da, wo es MÖGLICH WÄRE, einzuführen, führt zu keiner wesentlichen Verbesserung, da sich Betriebe genau dieses Schlupfloch offenhalten (es ist dann eben NICHT möglich...)

So lange Menschen gezwungen sind, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu fahren (weil sie kein Homeoffice angeboten bekommen), werden sie sich weiterhin aufgrund der Zusammenkunft vieler Menschen in den Bussen und Bahnen infizieren.



Dass Kinder nunmal potentielle Überträger von Infektionen sind, ohne selbst schwer daran erkranken zu müssen, wusste man schon lange, das passiert jedes Jahr in der Grippezeit. Dass man dennoch Schulen und Kitas so lange weiterhin offen gelassen hat, ist EINE Ursache für die aktuell hohen Infektionszahlen.

Nachdem die Infektionszahlen im Frühjahr gesunken waren, öffnete man schnell die Grenzen wieder - eine Fehlentscheidung. Man importierte die Viren erneut...

All diese bisherigen Maßnahmen sind inkonsequent und werden die Infektionszahlen nicht signifikant senken. In einer Ausnahmesituation helfen auch nur Ausnahmeregelungen.

 13  2

17. VON **OHNE NAME 17561**

 17.01.2021  21:10

Corona-Maßnahmen

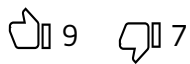
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,

in Anbetracht der immer noch steigenden Infektionszahlen, der inzwischen aufgetretenen Virusmutation und der angekündigten Impfstofflieferengpässen bin ich der Meinung, dass die Lage nur noch durch zahlenmäßig massiv erhöhte Coronatests besser in den Griff zu bekommen ist. Dass dies eine sehr wirkungsvolle Strategie in Verbindung mit anderen Maßnahmen ist zeigen verschiedene asiatische Länder.

Auch in unserem Landkreis zeigt sich z. B. schon, dass durch konsequente Coronatests bei Besuchern und Pflegebedienteten von Seniorenheimen kein grösserer Krankheitsausbruch mehr stattfand. Mit

diesen Tests wurde aber erst begonnen nachdem sich in einem Heim 35 von 36 Bewohnern ansteckten. Auch mein Mann wurde anlässlich des Besuchs seiner 93jährigen Tante in einem anderen Heim (im gleichen Landkreis) erst auf Corona getestet als dieser Fall mit den vielen Infizierten auftrat.

Zuvor ging das ohne Test. "Warum muss das Kind immer erst in den Brunnen fallen, bevor etwas getan wird?"



16. VON **OHNE NAME 12174**

📅 22.10.2020 ⌚ 08:51

Gemeinsam für eine bessere Zukunft

Mit 24 Jahren und frisch examiniert nach 5 Jahren Jura Studium ist es für mich erschreckend zu sehen, wie drastisch unsere Grundrechte aufgrund von Verordnungen eingeschränkt werden, die keine ausreichend bestimmte Gesetzesgrundlage in Parlamentsgesetzen haben.

Das Risiko eines Zusammenbruchs des Gesundheitssystems und die Gefahr der tatsächlichen Erkrankung der Bevölkerung sind von PolitikerInnen in höchster Abwägungsbereitschaft zu meistern. Der Balanceakt besteht darin, verhältnismäßige, das heißt, geeignete, erforderliche und angemessene Mittel zu finden, die Bundesrepublik zu einem lebenswerten Raum für alle BürgerInnen zu machen.

Mein Vertrauen in die von mir gewählten Abgeordneten schwindet. ☐ Bundestagsabgeordnete, die bei dem Streit um die Frage, ob die "epidemische Lage nationaler Tragweite" aufgehoben werden soll, um die Verordnungsgesetzgebung einzudämmen und den Bundestag nicht weiter zu entmachten, nicht einmal klären, was konkret eine epidemische Lage nationaler Tragweite bedeutet und ob diese vorliegt, haben ihr Mandat missverstanden. Abgeordnete können sich nicht zurücklehnen und der Exekutive endlos die Möglichkeit überlassen, Grundrechte allein durch Verordnungen einzuschränken.

Während die Abgeordneten ihr Mandat völlig missachten, stellt sich die Exekutive über das Verhältnismäßigkeitsprinzip und postuliert zB das Tragen von Masken in einem Restaurant auf dem Weg zur Toilette für geeignet. Angesichts der Tatsache, dass ein Besucher fünf Stunden ohne Maske an seinem Platz sitzen kann, erscheint mir das ebenso absurd, wie das Maske Tragen auf leeren Gängen, an Bahn- oder Bushaltestellen. Ein eigenständiges Denken, bzw. eine eigenständige Abwägung der BürgerInnen im Einzelfall wird ihnen wiederum nicht zugetraut, vielmehr wird ihnen eine Geldbuße iHv 50 € für Missachtung der Maskenregelungen auferlegt.

Für ungeeignet halte ich ferne eine Sperrstunde, die das "ungefährliche Bier" von 19-23 Uhr erlaubt, das "gefährlichen Bier" ab 23 Uhr jedoch untersagt. Der Mensch ist ein soziales Lebewesen und wird auch nach 23 Uhr nicht aufhören, Kontakt zu anderen zu suchen. Es ist für die Einhaltung der Abstandsregelungen erfolgreicher, den sozialen Kontakt in Räumen wie Restaurants unter Wahrung

der Abstands- und Hygiene Standards zu ermöglichen. Das Aussperren der BürgerInnen vermag in dieser Hinsicht keinen Erfolg versprechen und ist dazu insbesondere für die Berufsfreiheit der GastronomiebetreiberInnen einschneidend. Verhältnismäßigkeit erfordert sinnvolle Maßnahmen.

Diese Maßnahmen wirken jedoch wie blinder Aktionismus und der Befriedigung ängstlicher WählerInnen.

Der Föderalismus führt zwar zu einem Flickenteppich, und zu unsinnig auseinanderfallenden Corona-Maßnahmen (insofern sei auf die Sperrstunde hingewiesen, die von Bundesländern - wie etwa Hamburg und Baden-Württemberg - eingeführt wird, während sie Berliner Gerichte bereits gekippt haben), bietet dem Einzelnen jedoch auf demokratischer Ebene hoffentlich mehr Mitsprache, als dies auf Bundesebene möglich ist. Das Land Baden-Württemberg kann mit gutem Beispiel vorangehen und sich mit Meinungen befassen, die nicht unter die "Drosten-Linie" fallen, um (überhaupt) eine Debatte in den Landtag zu bringen, die das Meinungsspektrum der Gesellschaft widerspiegelt.

Auf der Suche nach der Frage, was wir besser machen können, wendet sich mein Blick zum einen nach Schweden. Dort wird auf die Isolierung von Risikogruppen und auf leicht umzusetzende, weniger eingreifende Maßnahmen gesetzt, um unter den gegebenen Umständen lebenswert miteinander leben zu können. In Schweden kam es bisher nicht zu einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems.

Einen anderen Weg hat China angetreten. China hat das komplette Land abgeriegelt und seine Bürger mehr oder weniger eingesperrt und durch effiziente Datennachverfolgung dafür gesorgt, dass das Corona Virus sich nicht weiter verbreitet. In China hat sich die Wirtschaft von den Folgen der Krise erholt. Dort führen die Menschen ein (abgesehen von den krassen Überwachungs- und Datenerfassungsmaßnahmen) normales Leben.

In Deutschland nehme ich Folgendes wahr: Unsere Gesellschaft ändert sich im Moment drastisch. Masken tragen, Abstand halten und das Einhalten von Hygiene Maßnahmen gilt als solidarisch. Ich selbst möchte mich solidarisch verhalten und meinen Beitrag leisten. Jedoch habe ich Angst vor einer Gesellschaft, in der jeder Angst vor dem Nächsten hat, eine Umarmung verschmäht wird und das Lächeln eines Fremden niemals ankommt. Solidarität ist das unbedingte Zusammenhalten aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele. Wir stehen solidarisch unter den Werten des Grundgesetzes. Solidarische Maßnahmen sollten unsere gesellschaftlichen Werte aufrecht erhalten. Dazu müssen die Maßnahmen verhältnismäßig sein.

Lasst uns miteinander Leben und lasst uns verhältnismäßige, die Pandemie effizient eindämmende Maßnahmen ergreifen.

Der schwedische Weg zeigt einen auf langfristige Sicht lebenswerten Umgang mit der Pandemie.

China hat bewiesen, dass die Strategie des absoluten Lockdowns Erfolg haben kann.

Sofern lediglich eine Gemeinde derartige Maßnahmen ergreift, ist damit niemandem geholfen, vielmehr sind die Grundrechte der Betroffenen unnötig eingeschränkt. Lockdown Maßnahmen sind allein auf europarechtlicher Ebene sinnvoll.

Wir können beweisen, dass Europa noch mehr ist, als eine Vereinigung von Euro-Staaten. Sofern tiefgreifende Maßnahmen wie ein strikter Lockdown angeordnet werden, ist dies selbstverständlich nur durch Maßnahmen der dazu ermächtigten Stellen möglich. Eine europaweite Koordination sollte jedoch möglich sein. Schafft es ganz Europa für zwei Wochen gleichzeitig zuhause zu bleiben, sollte dies Erfolg versprechend sein, die Pandemie langfristig einzudämmen.



Halbgare Maßnahmen, wie sie momentan in Baden-Württemberg bestehen, sind unverhältnismäßig. Ein Ende steigender positiv Getesteter kann bei fortschreitend weiterer Testung angesichts der Rückläufigkeit der Zahlen und der Falsch Positiven niemals erfolgen.

Ich möchte dazu anregen, unter Einhaltung der Kompetenzen, europaweit einheitliche Maßnahmen zu ergreifen. Dies erfordert zudem eine Unterstützung der Gesundheitsämter, die die tatsächlich Erkrankten erfolgreich nachverfolgen können und so eine weitere Ausbreitung gezielt verhindern können. Was China geschafft hat, muss auch unter Einhaltung deutschen Datenschutzes und innerhalb der Grenzen des Grundgesetzes möglich sein können.

Wir stehen gemeinsam und solidarisch zusammen. Jedoch verpufft diese Bereitschaft der BürgerInnen ins Leere, sofern PolitikerInnen nicht anfangen, effiziente Maßnahmen zu ergreifen.

Ich bin die Tochter einer Ärztin und eines Anwalts und hoffe selbst einmal Kinder großzuziehen. Sofern Kinder mit Maske im Klassenzimmer sitzen müssen (was bei langfristigem Tragen der akuten Konzentrationsfähigkeit nicht förderlich ist und langfristig Gehirnschäden verursachen kann) und sich wegen der geöffneten Fenster zudecken müssen oder gar überhaupt nicht in die Schule gehen, keine normale pubertär übermütige und von sozialen Events geprägte Jugend erleben können, um als Menschen durch erlebte Erfahrungen zu wachsen, ist Familienplanung, jedenfalls für mich, keine Selbstverständlichkeit mehr. □

Ich bin schockiert, dass nur so wenige Menschen diese Plattform bisher genutzt haben. Da in den Medien von DemonstrantInnen, die von der aktuell gefahrenen Linie abweichende Meinungen kundtun, wenn überhaupt nur im Zusammenhang mit VerschwörungstheoretikerInnen und Rechtsradikalen berichtet wird, hoffe ich hier meine Stimme laut machen zu können.

 42  35

15. VON **OHNE NAME 9392**

📅 28.05.2020 ⌚ 15:16

Unwissend zurück in den Kitaregelbetrieb

Die letzten Wochen wurden dominiert von der Diskussion über Lockerungen, weil sich einige in ihren Rechten eingeschränkt fühlen. Was aber ist mit denen, die sich der Gefahr bewusst sind? Wir kennen diese Krankheit noch kaum. Wo bitte erfahre ich, wie ich meine Kinder schützen kann? Müssen die Kinder wieder in die Kita oder Schule, auch wenn sie nicht zur Risikogruppe zählen? Schließlich wissen wir noch so gut wie nichts über die Folgen der Krankheit. Ein Vorschlag: Beendet endlich diese völlig missverständene "Emanzipation", nach der Frauen mit Kindern auch noch arbeiten müssen, um nicht als von gestern zu gelten! Ein Grundeinkommen für Mütter würde zu finanzieller Unabhängigkeit der Frauen führen und gleichzeitig eine Wertschätzung ihrer Arbeit als Mutter, Köchin, Putzfrauen, Erzieherin usw bedeuten. Nicht zuletzt sind es die Mütter, die mit unseren Kindern den Fortbestand unserer Gesellschaft und unseres Rentensystems sichern! Nicht die Belange der Wirtschaft sondern die der Familien sollten zählen! Nehmt den Frauen endlich diese unsägliche Doppelbelastung, zwei Fulltimejobs machen zu müssen: Beruf und Kinder plus Haushalt!

Wahre Emanzipation heißt, nicht finanziell vom Partner abhängig zu sein und wählen zu können, ob man arbeiten will trotz Familie. Ein Grundeinkommen für Mütter würde diese finanzielle Unabhängigkeit sichern und den Frauen ermöglichen, selbst zu wählen!

👍 58 💬 39

14. VON **OHNE NAME 9319**

📅 10.05.2020 ⌚ 17:09

Öffnung von Gasstätten am 18Mai

Wir besitzen eine Speisen-und Gasstättenkonzession : dürfen wir nun aufmachen am 18.Mai oder nicht ??

👍 42 💬 39

13. VON FUCHS

📅 09.05.2020 ⌚ 13:56

Zu guter letzt.

Die Lockerungen sind noch nicht einmal drei Tage alt und schon bekommt man mit dem Fall Coesfeld eine leise Ahnung davon, dass man es Rbeitgebern nicht überlassen darf zu entscheiden, ob vorerkrankte Arbeitnehmer aus der freien Wirtschaft an ihrem Arbeitsplatz erscheinen können oder besser zu Hause arbeiten sollten. Da könnte man es zukünftig genausogut auch gleich den Arbeitgebern überlassen zu entscheiden, ob ein Arbeitnehmer z. B. Mit einer Tumorerkrankung, der dringend operiert werden muss, am Arbeitsplatz zu erscheinen hat oder nicht. Genauso, wie es unter Menschen verantwortlich und unverantwortlich handelnde gibt, gibt es diese auch unter Arbeitgebern, denn schließlich werden Unternehmen von Menschen geführt. Solange es keinen Impfstoff gibt, kann die Präsenzpflcht für vorerkrankte Arbeitnehmer das Todesurteil bedeuten. Da nützen auch Masken nichts weil sie entweder nicht schützen, oder bestimmte Vorerkrankungen es überhaupt nicht erlauben, Masken zu tragen, insbesondere ei Arbeitnehmern mit Lungenvorerkrankungen, weil diese nach wenigen Minuten unter Masken keine Luft mehr bekommen. Da könnte man Lungenvorerkrankten genausogut gleich eine Plastiktüte über den Kopf stülpen. Der Fall Coesfeld in NRW und auch der zeitgleich Fall am Flughafen Karlsruhe in BA. - WÜ., bei dem man nicht "bedacht" hat, dass die einreisenden Leute zunächst in zweiwöchige Quarantäne müssen, was man angesichts der Berichterstattung nicht nicht zur Kenntnis nehmen konnte, gibt eine Vorahnung davon, was das bedeutet, wenn vorerkrankten Arbeitnehmern kein gesetzlicher Schutz gewährt wird. Im Fall Coesfeld hat das alleinige Vertrauen darauf, dass alle Arbeitgeber schon verantwortlich genug handeln werden, dazu geführt, dass nun die jüngst beschlossenen Lockerungen für den gesamten Landkreis Coesfeld verschoben wurden. Angesichts der politischen Ignoranz in Bezug auf vorerkrankte Arbeitnehmer, die bei mir als Betroffene inzwischen die Frage aufkeimen lässt, ob dahinter das Kalkül steckt, sich auf diese Weise der hinderlichen kranken Bevölkerungsteile zu entledigen, oder ob das die sind, von denen ein baden-württembergischer Politiker gesprochen hat, die, die zugunsten aller über die angeblich unvermeidliche Klinge springen müssen, kann ich nur noch sagen: Herzlichen Glückwunsch! Zur Ankunft des hausgemachten Bumerangs.

👍 50 💬 29